

Bürgerbrief: Spielt der Mensch in der Sozialtheorie eine Rolle?
 von Franz Witsch
 Hamburg, 31.05.2016

Liebe FreundeInnen des politischen Engagements,

am 18.05.2016 erreichte mich per EMail eine Kritik auf den Bürgerbrief (**BB124**). In der EMail heißt es u.a.: es sei „alles so gut gemeint (...) und doch in einer relevanten Hinsicht politisch enorm blauäugig und, schlimmer noch, gefährlich.“ Des Weiteren ist die Rede von drei der „verhängnisvollsten, mittlerweile ideologischen Manöver, die wir seit Jahrzehnten von der Halblinken, Linken, der extremen Linken etc. und zum Teil auch“ von mir hören würden – als da sind:

- (1) Der radikale Werte- und Kulturrelativismus (evident falsch, blauäugige Supertoleranz).
- (2) Das Herumkritteln an den demokratischen Rechtsstaaten, bis sie sich in nichts mehr von faschistischen repressiven Staaten unterscheiden (absolut falsch).
- (3) Die Marginalisierung der Exekutive.

Ich weiß nicht, auf welchen Text sich die Kritik bezieht; mein Text kann es kaum sein. Jedenfalls vertrete ich in Texten, dazu in den Büchern zur „Politisierung des Bürgers“ (**DPB**, **DP2**, **DP3**, **DP4**, **MP1**, **MP2**) nicht die Spur eines Werte-Relativismus. Ich kritisiere nicht westliche Werte, sondern das westliche Werte-Verständnis. Das ist ein großer Unterschied. Westliche Politiker predigen Werte, die sie permanent und vollkommen unbekümmert mit Füßen treten (vgl. **MP2**, S. 181f).

Zudem plädiere ich ganz zentral – nicht zu übersehen! – schon im Klappentext von **DPB** dafür, dass die menschliche Würde unantastbar sein (Art.1, GG), im Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (Art.2, GG) zum Ausdruck kommen und für jedes beliebige Subjekt gelten und einklagbar sein müsse – auch für Straftäter. Oder aber das Werte-Engagement verkommt zum Lippenbekenntnis in Sonntagsreden, ohne tatsächlich von praktischer Bedeutung für ein einzelnes Subjekt zu sein.

Ich betone ferner, dass die Geltung von Grundwerten nicht verhandelbar sein dürfe; denn sie sind im Hinblick auf eine sozialtheoretische Begriffs-Axiomatik integraler Bestandteil meines Verständnisses von sozialer Theorie, die auf einen Gesellschaftsbegriff verweist, den ich in Abgrenzung zum traditionellen, körperlich begreif- und verwendbaren Gesellschaftsbegriff „definitiv“ nenne (vgl. **DPB**, S. 29-44).

Die Geltung grundlegender Werte verweist indes auf einen (gesellschaftlichen) „Soll“-Zustand, da sie bislang aus bestimmten (zu hinterfragenden) Gründen nicht realisiert sind und sich überdies in den körperlich begreifbaren und deshalb analysierbaren sozialen Strukturen auf „natürliche“ Weise, gleichsam wie von selbst, nicht zu halten vermögen, wie u.a. in (**DP3**, S. 166) näher, um innere Stimmigkeit bemüht, beschrieben.

Das heißt, jene Grundwerte müssen dem (eigenen) Leben, bzw. den sozialen Strukturen, den Subjekten in ihnen als etwas, das ihnen fremd (Grundrechte auch für Straftäter, Hartz-IV-Abhängige, Flüchtlinge etc.), assimiliert werden (**DP2**, S. 11); als permanente Erziehungsaufgabe; bis ins hohe Alter; nicht zuletzt weil Menschen, so vielleicht auch der Kritiker, glauben, dass (Grund-)Werte (auf körperliche Unversehrtheit) von Zeit zu Zeit, wenn alles nicht mehr hilft, mit Gewalt durchgesetzt werden müssten, z.B. in Syrien oder im Irak durch Krieg.

Nicht nur dass sich Gewaltlosigkeit nicht mit Gewalt durchsetzen lässt, schon gar nicht auf zwischenstaatlicher Ebene; im Kontext von Gewalt und Gegengewalt interessieren *tiefer* Ursachen der Gewalt immer weniger, am Ende, wenn's um das nackte Überleben geht, gar nicht mehr. Zumal tiefere Ursachen nicht moralischer Natur sind; sie bestehen tiefergehend in einem Wirtschaftssystem, dem Kapitalismus, der sich wesentlich dadurch auszeichnet, dass er sich stationär – gleichsam sich selbst genügend – nicht auszuleben vermag, einer Rekursion nicht unähnlich, freilich ohne Ausstiegsbedingung.

In (DPB, S. 40f) heißt es dementsprechend: „Strukturen sind gehalten, sich als selbstreferenziell zu verstehen: das Subjekt hat das, was es macht, resp. Strukturen, in die es involviert ist, immer wieder kritisch, bzw. selbstkritisch zu hinterfragen, orientiert an etwas, was wiederum nicht selbst im Subjekt, seinen Strukturen, resp. seinem strukturellen Bestandsinteresse angesiedelt sein darf“; genauer: aus ihnen heraus nicht verstehbar ist, sondern ihnen „von außen aufgetragen werden muss – analog dem Selbstaufwurf einer rekursiven Funktion, die, durch einen Anfangswert einmal angestoßen zur Arbeit, sich immer wieder durch ihr eigenes Ergebnis zur Arbeit aufruft, freilich abhängig von einer Ausstiegsbedingung, die der Funktion auferlegt wird, um das Ende der Arbeit zu definieren“. Andernfalls würde die Funktion ad infinitum oder zirkulär in sich selbst kreisen.

Niklas Luhmann zufolge kreisen soziale Systeme bis hin zum umfassenden Gesellschaftssystem in sich selbst; sie arbeiten zirkulär und erzeugen doch, den Zirkel unterbrechend, „Asymmetrien“ durch Beobachtung: sie sind gehalten, sich selbst zu beobachten, Auskunft zu erteilen über ihren Zustand, freilich über eine hochabstrakte Instanz, die nicht im System selbst angesiedelt ist: „der Beobachter ist das ausgeschlossene Dritte. Er kann sich selbst beim Beobachten nicht sehen“; er ist „das Nicht-Beobachtbare“, der beim „Unterscheiden und Bezeichnen“ für Asymmetrien sorgt, mithin dafür, dass Systeme sich entwickeln, nicht stehen bleiben, offen sind, auch wenn sie sich selbst genügen (Begriff der Autopoiesis): Die Offenheit eines Systems beruhe auf seiner Geschlossenheit, so Luhmann in einer seinen zahllosen für mich kaum zugänglichen, zuweilen unsinnigen Paradoxien (vgl. GdG, S. 68f); unsinnig auch deshalb, weil unentwegt von (kommunikativ begründeten) Systemen die Rede ist, in denen das Subjekt und das, was es fühlt, denkt und macht (ggf. auch gegen soziale Strukturen, in die es involviert), keine Rolle spielt.

Vor allem spielt das, was soziale Strukturen, zum Leidwesen von immer mehr Menschen in ihnen, wirklich „bewegt“, keine Rolle: Die Kapitalverwertung braucht Wachstum, ad infinitum, geradezu exzessiv zirkulär, um sozialverträglich zu erscheinen, ohne es de facto zu sein. Und nicht nur Luhmann zieht nicht in Erwägung, dass ein sozialverträglicher bzw. ein sich „zivilisierender Kapitalismus“ (Habermas) eine Absurdität auf einem Globus sein könnte, der, begrenzt, nicht exzessiv mitzuwachsen vermag. Auch hier gibt es eine Ausstiegsbedingung, die eintritt, nachdem der Kapitalismus im Wachstumsfetisch alles zugrunde gerichtet hat, was nicht niet- und nagelfest ist.

Absolute Grenzen eines sozialverträglich sich auswirkenden Wachstums haften dem Kapitalismus vermutlich nicht nur extern (begrenzter Globus), sondern auch intern an; sie könnten darin bestehen, dass er mehrwertfähige Bürger, d.h. in der Tendenz individuell zurechenbaren Mehrwert braucht, ohne den es keine Kapitalverwertung gibt – nicht zu verwechseln mit „Gewinn“ in der Markt- oder Zirkulationssphäre, auch wenn der Gewinn sich aus dem Mehrwert (der Produktion) speist. Das kapiert schon mal kaum jemand, insbesondere die, die Marx wohlfeil mal eben aus der Hüfte – fast immer nur bruchstückhaft (eklektizistisch) – zitieren, um ihn als widerlegt erscheinen zu lassen und sich als unverdächtige Gesellschaftstheoretiker zu profilieren.

Richtig ist: aus der Perspektive des Kapitals gehören nicht mehrwertfähige Bürger im Müll entsorgt. Nicht nur im Mittelmeer absaufende Flüchtlinge zeugen davon.

„Individuell“ bedeutet in diesem Zusammenhang: jeder Bürger, soll er als mehrwertfähig gelten, muss für den Verkauf seiner Arbeitskraft so viel erhalten, dass er sich ernähren kann. Indes „nur sich ernähren können“ spielt kaum mehr eine Rolle in einer Zeit, in der das vollkommen anonymisierte Kapital – also ohne ein personennahes Verhältnis zu „seinem“ Arbeiter – sich nicht mehr darum kümmern muss, auch nicht kann, ob „seine“ ArbeiterInnen sich ernähren können; das besorgen inzwischen weltweit operierende karitative Instanzen und zeigen sich dabei hoffnungslos überfordert.

Natürlich – es gibt Menschen, z.B. unser Kritiker, die sich ernähren (dürfen), freilich ohne zu ihrer Ernährung beizutragen. Im Gegenteil; sie tragen mit ihrer strukturaffirmativen Kritik dazu bei, dass das Kapital unsere Lebensgrundlagen ungestört zerstören kann und werden dafür noch fürstlich ernährt – nicht nur Luhmann.

Ich will es mal so sagen: In der Idealform, derzufolge sich jeder Arbeitnehmer durch Verkauf seiner Arbeitskraft selbst ernährt, existiert der Kapitalismus nicht mehr: in der Dritten und Vierten Welt wird im Menschen-Wegwerfmodus produziert, damit sich hierzulande ein Millionenheer von Menschen, arme Rentner und Hartz-IV-Abhängige etc. billig einkleiden oder ernähren können, ohne dass ihre Arbeit sie „real“ zu ernähren vermag.

Marx konnte noch nicht ahnen, dass der technische Fortschritt heute so umfassend und derart massiv dazu beiträgt, die Ernährungsgrundlagen der Menschen zu zerstören. Das widerlegt seine Theorie keineswegs, sondern beweist nur, dass der Kapitalismus seinen Zenit längst überschritten hat und unsere Wissens-Elite zu dämlich ist, das zu begreifen, obwohl er mittlerweile dem Augenschein nach nicht mehr kontrollierbar ist. Es sei denn, man schafft ihn ab.

Nehmen wir nur die kaum mehr kontrollierbare Finanzkrise. Ihr tieferer Grund speist sich aus mangelndem Mehrwert; also aus Produktionskrisen, die darin bestehen, dass mit wachsenden Einkommen/Löhnen die Mehrwertproduktion, bzw. Mehrwertfähigkeit auf massive Grenzen stößt (**W23**, S. 648f), die man mit Keynes mit wachsenden Schulden kompensiert, um Einkommen und Löhne, bzw. die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren, ad infinitum, andernfalls es – davon abgesehen – den Sozialstaat nicht mehr gäbe. In meinen Büchern heißt es dazu: der Mehrwert muss, wenn es ihn immer weniger bis gar nicht mehr gibt, er gar negativ werde, durch wachsende Schulden simuliert werden (**DP2**, S. 37, 207f).

Wir haben es hier mit einem sich selbst verstärkenden Prozess zu tun, der ohne Ausstiegskontrolle unweigerlich in die Katastrophe führt. Er existiert auf der Grundlage eines technisch-ökonomischen Mechanismus' (der Kapitalverwertung), der vor immer unlösbarere Probleme stellt. Es stellt sich immer deutlicher heraus, dass sie sich „nicht so verhandeln“ lassen, „als seien sie mit einem richtigen Gefühl oder einer richtigen moralischen Einstellung zu lösen“ (**DP2**, S. 11).

Die Lösung kann daher sehr wahrscheinlich nur darin bestehen, dass man den Mehrwert und die darauf basierende Kapitalverwertung, kurz: den Kapitalismus, abschafft. Oder ökonomische Spielräume werden sich, global gesehen, für immer mehr Menschen immer enger gestalten. Um das zu verdrängen oder zu verleugnen, werden Konflikte, Kriege (Syrien, Irak, Libyen) und absaufende Flüchtlinge mutwillig produziert, während man permanent, z.B. von Frau Merkel hört, dass man

Fluchtursachen bekämpfen müsse. Nun, diesbezüglich wird Frau Merkel nicht mal mehr von ihren christlichen Brüdern und Schwestern ernst genommen (vgl. **Q03**).

Dass das alles auf Dauer nicht gut geht, liegt auf der Hand. Aber nur für den, der in der Lage ist, technisch-ökonomische Sachverhalte auf der einen und soziale, bzw. moralische Sachverhalte auf der anderen Seite *getrennt* zu analysieren; zu analytischen Zwecken, und nicht weil es diese Trennung (von Moral und Ökonomie) „real“ gäbe. Denn natürlich stehen wir vor dem moralischen Imperativ, der die Realisierung eines Wirtschaftssystems nahelegt, das nicht auf Mehrwert und Wachstum, koste es, was es wolle (permanente Finanzkrise), angewiesen ist, um den Anschein eines sozialverträglichen oder zivilisierbaren Kapitals zu erwecken. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das sich auf Bedürfnisse ausrichten lässt, unvereinbar mit einer Produktion für das Kapital (Mehrwert), das Wachstum und Schulden ad infinitum braucht, und damit wachsende Unsinn-Produktionen (Kriege, Rüstung) mit möglichst hohem Einkommens- und Nachfrageeffekt, wie gesagt, um den Anschein von Sozialverträglichkeit zu wahren (vgl. auch **MIG, Q04**).

Zusammengenommen sind die obigen Bemerkungen des Kritikers also nicht zu rechtfertigen. Moral und Rechtsstaat erodieren aus anderen, ökonomisch bedingten und motivierten Gründen, nicht indem man, noch dazu vergeblich, gegen mächtige ökonomische Interessen versucht, den Rechtsstaat gegen das Rechtsstaatsverständnis führender Politiker und der veröffentlichten Meinung zu verteidigen. Es ist so einfach und doch immer wieder wahr: der, der die schlechte Nachricht überbringt, wird gehängt. Damit hat man schon Tucholsky buchstäblich in den Tod getrieben, der die Weimarer Republik scharf kritisierte, aber dennoch gegen die Nazis verteidigte. Es ist mir unerfindlich, wie man ihm Kritik an Weimar anlasten, ihn quasi zum Steigbügelhalter der Nazis erklären konnte, ähnlich wie es der obige Kritiker – angeblich gut meinent – mit mir macht.

Es kommt noch etwas hinzu: Der Kritiker unterschlägt ziemlich unbekümmert – von realen Problemen (der Armut z.B.) ablenkend –, dass rechtsstaatliche Werte für das Subjekt nur von *mittelbarer* Bedeutung sind; entscheidend sind Werte, die für das (einzelne) Subjekt von *unmittelbar praktischer* Bedeutung sind. Das sind Grundrechte dann, wenn sie für jedes beliebige Subjekt unmittelbar einklagbar sind, so Art. 2, GG, der das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit verbürgt.

Der gemäß Art. 79, GG unveränderliche Art.1, in dem von der unantastbaren Würde des Menschen die Rede ist, ist für sich genommen zu unkonkret oder indifferrent, als dass er einklagbar wäre; einklagbar ist erst Art.2: das Recht auf körperliche Unversehrtheit, dessen Verletzung konkretisierbar und deshalb konkret geächtet werden kann, im Wesentlichen Todesstrafe, Folter, Armut und Arbeitszwang. Nun ist aber, anders als Art.1, der Art. 2 mit Zweidrittel-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat veränderbar und damit z.B. die Wiedereinführung der Todesstrafe oder Folter möglich.

Mit anderen Worten, das GG nimmt seine Grundwerte nicht besonders ernst, bzw. dort ernst, wo es – weil unkonkret – ohne Folgen bleibt. Will man aber einer ausufernden Gewalt mit Zweidrittelmehrheiten nicht Tür und Tor öffnen (wie schon 1933 mit dem Ermächtigungsgesetz), sollte man die Einhaltung des wichtigsten Grundwertes (Art.2, GG) nicht nur einfordern, sondern wie den Art.1 als unveränderbar in Art.79 festschreiben. Darum bemüht sich die Sozialtheorie bislang nicht. Und unser Kritiker ignoriert diesbezügliche Bemühungen meiner Texte und Bücher, obschon sie nicht zu übersehen sind, er der Wissenselite angehört und seit über zehn Jahren meine Bürgerbriefe bekommt. Das macht seine Kritik, um es freundlich zu sagen, unseriös.

Es ist schon merkwürdig, dass Sozialtheoretiker, wenn sie von Grundwerten reden, es einfach hinnehmen, dass ihre Reichweite in soziale Strukturen hinein nicht groß, zumindest vollkommen unklar ist: Wer darf Grundrechte in Anspruch nehmen? Offensichtlich nicht alle. Es gibt Menschen, noch die Mehrheit, die Grundrechte „verdienen“; andere, z.B. Kindesentführer, sollte man „ausnahmsweise“ foltern, wenn sie nicht spüren; und wiederum andere, u.a. Hartz-IV-Abhängige, sollten nur essen dürfen, wenn sie auch arbeiten wollen (Müntefering, Ex-SPD-Vorsitzender).

Hinzu kommen methodische Fragwürdigkeiten: die Sozialtheorie, herrschende Wirtschaftstheorien eingeschlossen, weiß nicht, wie wichtig es ist, technisch-ökonomische Strukturen zu analysieren und sich dabei moralischer Urteile zu enthalten – fest davon überzeugt, ökonomische Probleme ließen sich mit einer guten moralischen Einstellung lösen, die noch dazu mit Hilfe von Strafandrohungen zu erzwingen ist. Das wird deutlich, wenn es wirtschaftspolitisch um die Umsetzung ökonomischer Theorien geht, z.B. von „Fördern und Fordern“ bei Hartz-IV-Abhängigen die Rede ist, freilich nur um eine ausufernde Sanktionspraxis mit Leistungskürzungen zu rechtfertigen – als hätten wir es tatsächlich mit Straftaten zu tun, wenn Bürger eine bestimmte Arbeit nicht machen wollen. Auf dieser Weise gehen „Vorgänge der Verelendung nicht chaotisch, sondern (...) ordnungsgemäß“, nach Recht und Gesetz, vor sich, „nicht zuletzt um eine gewisse Legitimität im Interesse der Herrschenden vorzuspiegeln“ (**DP2**, S. 12).

Überhaupt interessiert sich die Sozialtheorie viel zu wenig für eine in sich stimmige Werte- oder Moraltheorie, also für soziale Strukturen (Luhmann spricht lieber von „Systemen“), in der dem Subjekt eine aktive Rolle zukommt, als spielte Kritik (Luhmann spricht von „Asymmetrie“ als Folge von „Beobachtung: bezeichnen und unterscheiden“) am herrschenden Werteverständnis oder an herrschenden sozialen Strukturen für eine in sich stimmige Theoriebildung keine Rolle, die ja nur dann in sich stimmig ist, wenn sie für das Subjekt Denk- und Handlungsspielräume öffnet. Die sind – im Sinne eines Innen-Außen-Mechanismus (vgl. **DPB**, Klappentext) – in der Sozialtheorie bislang, z.B. bei Detel, Foucault, Habermas, Luhmann, aber auch in Uli Reiters Luhmann-Interpretation (vgl. **BB124**) nicht vorgesehen, vielleicht ja uneingestanden nicht erwünscht. Man fürchtet den ungeratenen Bürger, der die Friedhofsruhe des Elfenbeinturms stört.

Nicht dass sich die Sozialtheorie für soziale und ökonomische Strukturen nicht interessieren würde. Im Gegenteil! Allein man beschreibt und erklärt sich buchstäblich um Kopf und Kragen, wie gesagt strukturaffirmativ, im Grunde immer noch wertneutral selbst dort, wo Werte unentwegt angemahnt werden – nicht zuletzt wenn man aus der Elfenbeinruhe aufgeschreckt wird. Man beschreibt und erklärt, was ist und interessiert sich nicht die Spur für ein „Noch nicht Seiendes“ (Ernst Bloch), also ohne Soll-Vorstellung, bzw. für ein Soll, das strukturaffirmativ im Ist aufgeht, als sei eine zukünftige Entwicklung nicht kontingent, sondern doch irgendwie im Ist vorherbestimmt. Diese Kritik trifft wortwörtlich nicht auf die eben erwähnten Namen zu, v.a. nicht auf Luhmann oder Uli Reiter, aber doch in einem gewissen, noch zu erläuternden Sinne schon, weil, und das ist entscheidend, das Subjekt in ihren Theorie keine aktive Rolle spielt, dafür aber Systeme (z.B. psychische Systeme), also Abstraktionen, über die das Subjekt dann nur noch im Modus behavioristischer Theoriebildung begreifbar ist; eben weil Subjekte in unserer vom Kapital gesteuerten Gesellschaft ja tatsächlich im Sinne des Behaviorismus abgerichtet werden. Nur gelingt dies eben nicht nachhaltig. Anders ist nicht zu erklären, warum Bürger urplötzlich mit einem „Galgen für Merkel“ auf die Straße gehen. Eben weil nur vorherbestimmt ist, dass es mit dem Kapitalismus immer mehr bergab geht, aufgrund technisch-ökonomisch begreifbarer Imperative (mangelnder Mehrwert), weil die Kapitalproduktion am Mehrwert ausgerichtet ist und sich deshalb immer weniger an den Bedürfnissen von immer mehr Bürgern zu orientieren

vermag; und der Bürger darauf irgendwann vollkommen überfordert reagiert – im Volksmund: durchdreht. Die Spatzen pfeifen es mittlerweile lautstark, aber von Sozialtheoretikern überhört, von allen Dächern. Das ist mit Dummheit allein nicht zu erklären, sondern zeugt von einem äußerst fragwürdigen Charakter der Sozialtheorie; zu ihr gehört der Wirtschaftstheoretiker Ronald Barazon, der einen massiven Rechtsruck fürchtet: einen „Aufstand der Arbeiter, die nicht mehr Untertanen sein wollen“ (vgl. **Q02**), aber nur, um in seinem Text die Politik von Verantwortung zu entlasten. Man könne ihr nicht alles aufbürden, was in der Gesellschaft falsch laufe.

Mit anderen Worten: dem Bürger wird einmal mehr die Arschkarte gereicht. Im Wesentlichen mahnt der Autor strukturaffirmativ, den Kapitalismus aus der Kritik nehmend, unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen an, für die die Politik – wie gehabt – kaum sorgen könne, weil Wutbürger ihn daran hindern, nicht so sehr in Deutschland (Hartz-IV sei es gedankt), aber ganz massiv in Frankreich: Der „Kündigungsschutz“, so der Autor in den DWN, trage „paradoxerweise wesentlich zur Arbeitslosigkeit bei: Die Unternehmer nehmen nach Möglichkeit keine Mitarbeiter auf, weil diese in schwierigen Phasen nicht gekündigt werden können. Betriebe, die mit Problemen kämpfen, können die Belegschaften nicht reduzieren und müssen schließen, wodurch alle und nicht nur einige den Arbeitsplatz verlieren. Arbeitnehmer, die den Kündigungsschutz in einem Unternehmen genießen, wechseln kaum, auch wenn sie unzufrieden sind, sodass neue, attraktive Firmen nicht den entsprechenden Zulauf haben“ (**Q02**).

Am Ende seines Textes verliert Barazon vollkommen die Orientierung, indem er den technischen Fortschritt – es sich ganz leicht machend – hochleben lässt, ihm vollkommen euphorisiert die Lösung wesentlicher Probleme aufbürdet: „Und heute: Die technischen Neuerungen schlagen alle historischen Rekorde und eröffnen ungeahnte Möglichkeiten, aber viele weigern sich, die Chancen anzunehmen und zu nutzen, und wählen Politiker, die ‚dagegen‘ sind.“ Das Subjekt existiert also auch hier nicht; im Gegenteil, es wählt (AfD) und hat einmal mehr selbst Schuld.

Das Problem besteht generell darin, dass die Sozialtheorie (z.B. Habermas in **TK1**, **TK2**, Detel in **GuV**, Reiter in **FuF** und nicht zuletzt Luhmann in **GdG**) sich darauf konzentriert, soziale Strukturen zu beschreiben und zu erklären (begreifen), dabei Erwartungshaltungen (Vorstellungen) implizit (uneingestanden) und explizit formuliert, ohne – und hier wird's absurd! – im geringsten sich dafür zu interessieren, in welchem Wirtschaftssystem sie sich ausleben; weil sie ökonomische Prozesse nicht für sich genommen, getrennt von moralischen Kategorien (Erwartungen), beschreiben, erklären, um das Wirtschaftssystem dadurch erst hinreichend zu begreifen, bzw. analysieren zu können. Als würden, wie oben gesagt, Probleme der Kapitalverwertung sich moralisch lösen lassen.

Die einen ignorieren – rein moraltheoretisch orientiert (uneingestanden auch Luhmann/Reiter) – ökonomische Kategorien gänzlich, wenn sie sich um diese nicht eklektizistisch bemühen, weil's gerade mal in den Kram passt, zwischen zwei Zeilen, z.B. um sich wie Reiter als Marx- oder Schumpeter-Kenner zu zeigen. Ich halte das für fragwürdig: wozu Marx-Weisheiten anbringen (**FuF**, S. 81), wenn man sich für ihn nicht interessiert? Oder man bezeichnet Marx wie Luhmann in (**GdG**, S. 33) gleichsam aus der Hüfte heraus als „Sophist“ ohne die geringste Ahnung erkennen zu geben. Nicht seriös. Man muss befürchten, dass er nicht nur mit Marx so verfährt.

Habermas ist nicht weniger ignorant, auch wenn er sich eingehender mit Marx beschäftigt – z.B. mit dem Wert-Begriff (**TK2**, S. 489ff) –, ohne freilich das Wesentliche seiner theoretischen Bemühungen im Hauptwerk *Das Kapital* zureichend

würdigen zu können: Habermas geht anders als Marx davon aus, dass der Kapitalismus zivilisierbar ist. Ferner glaubt er undifferenziert an einen ökonomisch motivierten Zusammenhalt der EU (**DP4**, S. 125) oder, was die andere Seite der Medaille, an einen rein moralisch motivierten Zusammenhalt, den es im Kapitalismus nicht geben kann. Das beginnt damit, dass EU-Politiker – wie sollte es anders sein? – sich jeweils ihrem eigenen Land moralisch und sozial verpflichtet fühlen – so in der Art: rette sich im Kapitalismus vor dem Kapitalismus, wer kann. Probleme der Kapitalverwertung lassen sich allerdings verdrängen oder verleugnen, indem sie bequem auf einen mangelhaften EU-Zusammenhalt verschoben werden.

Herzliche Grüße
 Franz Witsch
www.film-und-politik.de

Quellen:

- B124:** Franz Witsch, Über den Satz, der Islam gehöre nicht zu Deutschland
<http://film-und-politik.de/Politik/BB-bis200.pdf> (S. 59f)
- DPB:** Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Erster Teil: Zum Begriff der Teilhabe, Norderstedt 2009 (zit. n. 2015)
- DP2:** Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Zweiter Teil: Mehrwert und Moral, Norderstedt 2012
- DP3:** Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Dritter Teil: Vom Gefühl zur Moral, Norderstedt 2013
- DP4:** Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Viertes Teil: Theorie der Gefühle, Norderstedt 2012 (zit. n. 2015)
- FuF:** Uli Reiter, Form und Funktion des Krankhaften. Pathologie als Modalmedium, Gießen 2016 (Psychozial-Verlag)
- GdG:** Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankf./M. 1998
- GuV:** Wolfgang Detel, Geist und Verstehen, Frankf./M. 2011
- K10:** Franz Witsch, Flüchtlingskonflikte in ganzheitlicher Sicht
<http://www.film-und-politik.de/KTX.pdf> (S. 69f)
- MIG:** Franz Witsch, Erzeugt der Kapitalismus das Flüchtlingsproblem?
<http://film-und-politik.de/Politik/WIF-MIG.pdf>
- MP1:** Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers, Bd.1: Ökonomische und moralische Voraussetzungen einer sozialverträglichen Gesellschaft, Norderstedt 2015
- MP2:** Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers, Bd.2: Kommunikation unter Verdacht, Norderstedt 2015
- Q01:** Financial Times: Merkel hat Aufstieg Erdogans möglich gemacht
 DWN vom 21.05.2016
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/21/financial-times-merkel-hat-aufstieg-erdogans-moeglich-gemacht/>
- Q02:** „Rechtsruck“: Der Aufstand der Arbeiter, die nicht mehr Untertanen sein wollen, DWN vom 28.05.2016
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/28/rechtsruck-der-aufstand-der-arbeiter-die-nicht-mehr-untertanen-sein-wollen/>
- Q03:** Appell der Christen in Syrien: EU-Sanktionen treiben Menschen zur Flucht
 DWN vom 28.05.2016
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/28/appell-der-christen-in-syrien-eu-sanktionen-treiben-menschen-zur-flucht/>
- Q04:** Top-Ökonom: Glaubt den Eliten nicht, Weltwirtschaft ist auf Crash-Kurs
 DWN vom 01.06.2016
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/06/01/das-ende-der-arbeiter-roboter-produzieren-adidas-schuhe-in-deutschland/>
- TK1:** Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd.1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankf./M. 1995, 1.Auflage 1981
- TK2:** Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankf./M. 1995, 1. Auflage 1981

W23: Karl Marx, Das Kapital. Der Produktionsprozess des Kapitals, Dietzverlag
Berlin 1973, erstmals erschienen 1867